

«Blicke mit viel Optimismus in die Zukunft»

Standpunkte Im diesjährigen Radio-L-Neujahrsinterview mit Martin Frommelt äusserte sich Fürst Hans-Adam II. nicht nur zur 300-Jahr-Feier, sondern auch zur Frauenquote, zur möglichen Auflösung der Wahlkreise und zur Trennung von Kirche und Staat.

Mirjam Kaiser
mkaiser@medienhaus.li

2019 feiert Liechtenstein das 300-Jahr-Jubiläum. Ein Jahr zuvor blickt Fürst Hans-Adam II. stolz auf die gute Verfassung des Landes: «So gut ist es uns innen- und aussenpolitisch noch nie gegangen: die Souveränität des Landes, abgesichert durch die internationalen Mitgliedschaften, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, der Zugang zu den Märkten und eine toll ausgebildete Bevölkerung, die sehr innovativ ist.» Man könne zu Recht mit viel Optimismus in die Zukunft blicken. Die Feierlichkeiten zum 300-Jahr-Jubiläum würde er in schlichtem Rahmen behalten mit Volksfest und Feuerwerk. «Das ist ja in der Bevölkerung verankert und wird immer sehr gerne angenommen.»

«Risiken lieber etwas überbewerten»

Ob nach der Wirtschaftskrise die besten Jahre nicht vorbei seien? «Wenn ich mir anschau, in welcher guten Verfassung nicht nur der Einzelne ist, sondern dass wir ungefähr so viele Arbeitsplätze haben wie Einwohner, das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Europa, wenn nicht gar weltweit – wenn man von ein paar Erdöl-Staaten absieht –, dann muss ich sagen, das ist dann schon ein Jammern auf sehr hohem Niveau», so der Landesfürst. Der Fürst zeigt sich auch glücklich, dass seine skeptischen Prognosen von 2009 nicht eingetroffen sind: «Ich sage mir aber auch privatwirtschaftlich immer, lieber die Risiken etwas überbewerten und entsprechend vorbereitet sein statt zu optimistisch in die Zukunft blicken.» Wenn man es realistisch betrachte, stehe Liechtenstein unglaublich gut da. Die wichtigsten aussenpolitischen Probleme seien mehrheitlich gelöst. Auch sehe er im Moment nicht, dass das Land grossartige Reformen brauche.

Weltweite Mobilität gestiegen

Als Herausforderung sieht der Landesfürst die Zunahme wirt-



Liechtenstein steht nach Dafürhalten von Fürst Hans-Adam II. «unglaublich gut» da.

Bild: Daniel Schwendener

schaftlicher und politischer Flüchtlinge, die nach Europa drängen. «Das ist sicher ein Problem, vor dem wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stehen werden.» Den Grund dafür sieht er auch darin, dass die Mobilität der Menschen wesentlich grösser geworden ist und die Transportkosten entsprechend gefallen sind. «Es ist mit relativ wenig Geld möglich, irgendwo aus dem afrikanischen Urwald nach Europa zu kommen, was früher undenkbar war.» Sorgen bereiten ihm auch die Bewegungen in Europa, die auf ein Auseinanderbrechen von Staaten hinauslaufen. Solche Bestrebungen sieht er in Liechtenstein nicht. «Dies ist ein Zeichen, dass die grosse Mehrheit

zufrieden ist. Das Schimpfen gegenüber denen, die da oben sitzen – im Regierungsgebäude oder Schloss –, das gehört einfach dazu.» Er glaube aber, dass in Liechtenstein niemand wirklich mit einem anderen Land tauschen möchte. «Wir könnten unsere Einwohnerzahl in der kürzesten Zeit verdoppeln, wenn nicht verdreifachen, wenn wir die Personenfreizügigkeit einführen würden.»

Separatlösung für Gemeinden?

Die Bildungsreform und die Trennung von Kirche und Staat sind zwei Punkte, die der Fürst in seiner Amtszeit noch gerne erledigt hätte. Es sei ihm nicht gelungen,

dies noch durchzubringen, aber: «Irgendwas muss man ja auch noch der nächsten Generation überlassen.» Es liege letzten Endes in der Hand des Volkes, zu sagen, dass es eine Änderung möchte. «Gegen den Willen des Volkes so etwas durchzuziehen, dürfte schwierig sein.» Dass momentan aber vor allem zwei Gemeinden den Trennungsprozess blockieren, würde der Fürst mit einem Ultimatum lösen. «Natürlich müsste man da fragen, ob die Gemeinden eine separate Lösung wollen.» Auf Landesebene sollten der Staat und die Kirche nichtsdestotrotz ganz klar getrennt werden. Dann bleibe es der Gemeinde überlassen, für die separate Lösung entsprechend zu zahlen, da-

mit sie auch bestimmen könne, wer in ihrer Gemeinde Pfarrer werde.

Frauenquote unterminiert Demokratie

Ganz klar spricht sich der Fürst gegen die Frauenquote aus. «Ich sehe darin einfache eine Unterminierung des demokratischen Prinzips. Wenn wir eine Frauenquote einführen, dann müsste man ja theoretisch eigentlich eine Quote einführen, die die Zusammensetzung der Wähler widerspiegelt.» Dies würde gemäss dem Fürsten zu erheblichen Widerständen führen. Es sei dann auch die Frage, ob das dann nicht weitergehe und auch andere Gruppierungen eine Quote ver-

langen. «Und dann landen wir am Ende dort, wo die sozialistischen Staaten Osteuropas gelandet sind. Die haben ein perfektes Quotensystem gehabt, aber keine Demokratie mehr.» Um die Quote bei den Wahlkreisen zu umgehen, könne man sich überlegen, ein Zweikammersystem einzuführen. «Aber ich weiss nicht, ob das sehr sinnvoll ist.» Er persönlich habe prinzipiell nichts gegen die Auflösung der Wahlkreise, befürchte aber, dass diese Idee noch so stark verankert sei in der Bevölkerung, dass eine Umsetzung politisch schwierig sei.

Fürstentum Meier oder Müller?

Ob die Hausgesetze des Fürstentums noch zeitgemäss seien, bejaht der Fürst klar. Wenn das Schloss eine weibliche Thronfolge einführen würde, gäbe es automatisch eine deutliche stimmberechtigte Mehrheit von Frauen, weil nicht nur die hineingeheirateten Frauen Mitglied der Familie wären, sondern auch die herausgeheirateten Familienmitglieder bleiben würden. «Wenn dann die weibliche Erbfolge den Herrn Meier oder Herrn Müller heiratet, müsste sich das Fürstentum wohl in das Fürstentum Meier oder Müller umbenennen.» Nächstens aus diesem Grund denkt der Fürst, dass es da wahrscheinlich doch einige Gegenstimmen geben würde. «Nein, das müssen wir uns doch nochmal sehr genau überlegen.»

In seiner abschliessenden Neujahrsbotschaft betonte Hans-Adam II. vor dem Hintergrund des nahenden 300-Jahr-Jubiläums, wie gut die Partnerschaft zwischen Fürstentum und Volk stets funktioniert habe. «Beide Seiten haben immer wieder die Kraft gefunden, das Verhältnis den sich wandelnden Umständen anzupassen.» Das, ist er überzeugt, wird auch weiterhin der Fall sein: «Diese Partnerschaft wird sich auch künftig bewähren.» Das Fürstentum, verspricht das Staatsoberhaupt, werde alles daran setzen, den Staat und dessen Bevölkerung in eine glückliche Zukunft führen zu können.

Trassenverlegung Balzers nimmt die nächste Hürde

Stromversorgung Ab 2021 fliesst durch die Hochspannungsleitung in Balzers kein Strom mehr. Eine Koordinationsvereinbarung zwischen Netzbetreiberin Swissgrid, dem Land Liechtenstein und der Gemeinde Balzers soll die Planungsbasis für die Trassenverlegung bilden.

Schon 2014 hatte die Gemeinde Balzers der Netzbetreiberin Swissgrid zu verstehen gegeben, dass sie den Durchleitungsvertrag für die 220-kV-Hochspannungsleitung Rüthi – Bonaduz, die auch über Balzner Gemeindegebiet führt, nicht zu verlängern beabsichtigt. Die Stromübertragung muss ab 2021 demnach auf einem anderen Weg erfolgen, sprich, die zwischen 1964 und 1973 erstellte Leitung muss verlegt werden.

Gleichwertiges Planungsverfahren

Wie der nächste Schritt bei der Lösung dieser Problemstellung aussehen soll, hat die liechtensteiner Regierung gestern in einer Presseaussendung umrissen. In

der Schweiz würden für den Bau neuer Übertragungsleitungen ein Sachplan- und anschliessend ein Plangenehmigungsverfahren angewendet, heisst es darin. «Für die Trassenverlegung Balzers wird ein gleichwertiges Planungsverfahren im Fürstentum Liechtenstein festgelegt.» Eine zwischen Swissgrid, dem Fürstentum Liechtenstein und der Gemeinde Balzers bis Ende Jahr abgeschlossene Koordinationsvereinbarung soll dieses Verfahren genau definieren.

Verschiedene Vorschläge werden ausgearbeitet

Wie die Regierung weiter informiert, wird Swissgrid in Kooperation mit ihren Projektpartnern mehrere konkrete Trassevor-



Die Hochspannungsleitung Balzers verrichtet ihren Dienst nur noch drei Jahre. Bild: Daniel Schwendener

schläge erarbeiten. Dabei sollen Korridorvarianten auf liechtensteiner wie auf Schweizer Seite

Berücksichtigung finden. «Zu diesem Zweck wird eine Begleitgruppe unter Einbezug der Ge-

meinde Balzers eingesetzt, welche die Korridorvarianten für die zukünftige Leitungsführung eva-

luiert.» Zudem würden – wie bei Netzbauprojekten üblich – auch in diesem Fall sowohl Freileitungs- wie Verkabelungsvarianten überprüft.

Swissgrid will Bevölkerung frühzeitig informieren.

Massgebend für die Beurteilung der einzelnen Vorschläge sind Aspekte aus den Bereichen Technik, Umwelt, Raumplanung und Wirtschaftlichkeit. Den Entscheid bezüglich des Korridors und der zu verwendenden Technologie fällen letztlich «die zuständigen Behörden». Die Bevölkerung in Balzers und in weiteren Gemeinden will Swissgrid gemäss der gestrigen Presseaussendung «frühzeitig über wichtige Projektschritte informieren». (bo/ikr)